
FDP Marburg-Biedenkopf

STAU VERMEIDEN

11.12.2020

Verkehrssituation in Stadtallendorf vorausschauend planen – tägliche Staus verhindern
Der FDP-Ortsverband Stadtallendorf fordert den Magistrat der Stadt Stadtallendorf nach Beschluss der Ortsmitgliederversammlung vom 04.12.2020 öffentlich auf, sich kurzfristig im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn A49, der Bundesstraße B454 sowie weiterer Aus- und Umbaumaßnahmen mit allen weiteren zuständigen Behörden und Straßenbaulastträgern abzustimmen, eine umfassende Umleitungsregelung zu erarbeiten und voranzutreiben und bis zum 31.01.2021 ein Konzept vorzulegen, das es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich auf die anstehenden Verkehrsbehinderungen vorzubereiten.

Durch die Rodungsarbeiten im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn A49, sowie durch weitere Baumaßnahmen an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie städtischen Straßen ist es in den vergangenen Wochen und Monaten vermehrt zu Verkehrsbeeinträchtigungen im alltäglichen Straßenverkehr in Stadtallendorf gekommen. Dabei entstand nicht der Eindruck, dass sich der Magistrat der Stadt Stadtallendorf ausreichend mit den übrigen zuständigen Behörden und Straßenbaulastträgern abgestimmt hat, so dass die Bürgerinnen und Bürger kurzfristig mit Umleitungsregelungen oder Sperrungen konfrontiert wurden.

Nach Ansicht der FDP Stadtallendorf ist es jedem Arbeitnehmer zu ermöglichen, am nächsten Tag rechtzeitig seine Arbeitsstelle zu erreichen. Ebenso ist es jedem Kunden zu ermöglichen, Handel und Gewerbe aufzusuchen, so wie es im Umkehrschluss jedem Handel- und Gewerbetreibenden möglich sein muss, für seine Kunden erreichbar zu sein. Schülerinnen und Schülern muss es möglich sein, rechtzeitig die Schule aufzusuchen und Eltern muss es möglich sein, ihre Kinder rechtzeitig in die Betreuungseinrichtungen zu bringen, um anschließend ebenso rechtzeitig auf ihre Arbeitsstelle zu gelangen. Durch kurzfristige Umleitungsregelungen oder Sperrungen sowie Stausituationen im

Stadtverkehr ist für den Arbeitnehmer, den Kunden oder den Handels- und Gewerbetreibenden, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern eine Planbarkeit ausgeschlossen, was letztendlich zu Unzufriedenheit, einer höheren Umweltbelastung und wirtschaftlichen Nachteilen führt.

Durch eine frühzeitige Abstimmung der zuständigen Behörden und Straßenbaulastträgern kann für geplante Baumaßnahmen im Straßenverkehr entsprechende Umleitungsregelungen erarbeitet werden, die ebenso frühzeitig den Bürgerinnen und Bürgern bekannt zu geben sind.

Nur so ist es möglich, den Arbeitnehmer, den Kunden und den Handels- und Gewerbetreibenden, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern, also insgesamt alle Bürgerinnen und Bürger auf die sich ändernde Verkehrssituation vorzubereiten und Umleitungswege zu etablieren. Dies vermeidet einerseits einen Verkehrsinfarkt bei Durchführung der anstehenden Baumaßnahmen und kann andererseits bereits im Vorfeld zu einer Entspannung der alltäglichen Verkehrssituation führen.

Ihre FDP Stadtallendorf